



Blick vom Ölberg über Friedhöfe hinweg auf die Altstadt Jerusalems (Foto: Alexandra Senfft)

„WIR BRAUCHEN DIALOGE IN ALLEN ASPEKTEN DES LEBENS“

EIN BESUCH IN EINEM ZERRISSENEM LAND

von Alexandra Senfft

Nach einiger Abstinenz vom Nahen Osten bin ich endlich wieder in Tel Aviv. Alles wirkt unbeschwert – volle Cafés, reger Betrieb auf den Märkten, Hightech-Business. Daneben Strandleben pur: Sonnenbadende und Beachballspieler, auf Wellen tanzende Surfer. In der säkularen Metropole ist vom Konflikt und der Besatzung nichts zu bemerken. Das ändert sich gleich im Zug nach Jerusalem: Er ist voll mit Uzi-bewaffneten¹ Soldaten und orthodoxen Juden. In der Stadt der Weltreligionen hat sich viel verändert. Der jüdische West- und der palästinensische Ost-Teil sind durch breite Straßen und eine Straßenbahn, die Siedler direkt in besiedelte Stadtteile in der besetzten Westbank transportiert, deutlicher denn je voneinander getrennt. Der 50. Jahrestag der Wiedervereinigung Jerusalems seit dem Sechs-Tage-Krieg 1967 steht bevor. Die meisten Israelis betrachten Jerusalem als ihre Hauptstadt,

obwohl die internationale Staatengemeinschaft die Annexion des Ostteils der Stadt 1980 nicht anerkannt hat. „Wir werden immer auf Jerusalem bestehen. Es hat nie eine andere Wirklichkeit gegeben und wird nie eine geben“, sagte Präsident Reuven Rivlin zur Eröffnung des Jerusalem-Tags am 24. Mai. US-Präsident Donald Trump wird auf Staatsbesuch erwartet. „JerUSAlem heißt Trump willkommen“ oder „Zeit, die amerikanische Botschaft in Israels Hauptstadt zu verlegen“ ist häufig plakatiert. Ultraorthodoxe Juden demonstrieren ihre gewachsene Dominanz, seit Jahren oktroyieren sie der Stadt und darüber hinaus ihre strikten Moralvorstellungen, mitunter werden sie dabei übergriffig und gewaltbereit. Der palästinensische Ost-Teil der Stadt wirkt dagegen bedrückt. Auf der Hauptstraße Salah ed-Din, wo Palästinenserinnen früher in Jeans und mit offenen Haaren unterwegs waren, tragen

die meisten Frauen nun – spiegelbildlich zu ihren jüdisch-orthodoxen Nachbarn – Kopfbedeckung und lange Kleider. Zum Glück gibt es noch immer den *Educational Bookshop*, der vom Kochbuch über Comic und Sachbuch Literatur über Palästina und Israel anbietet – bald ein Dreivierteljahrhundert Küche und Konflikt.

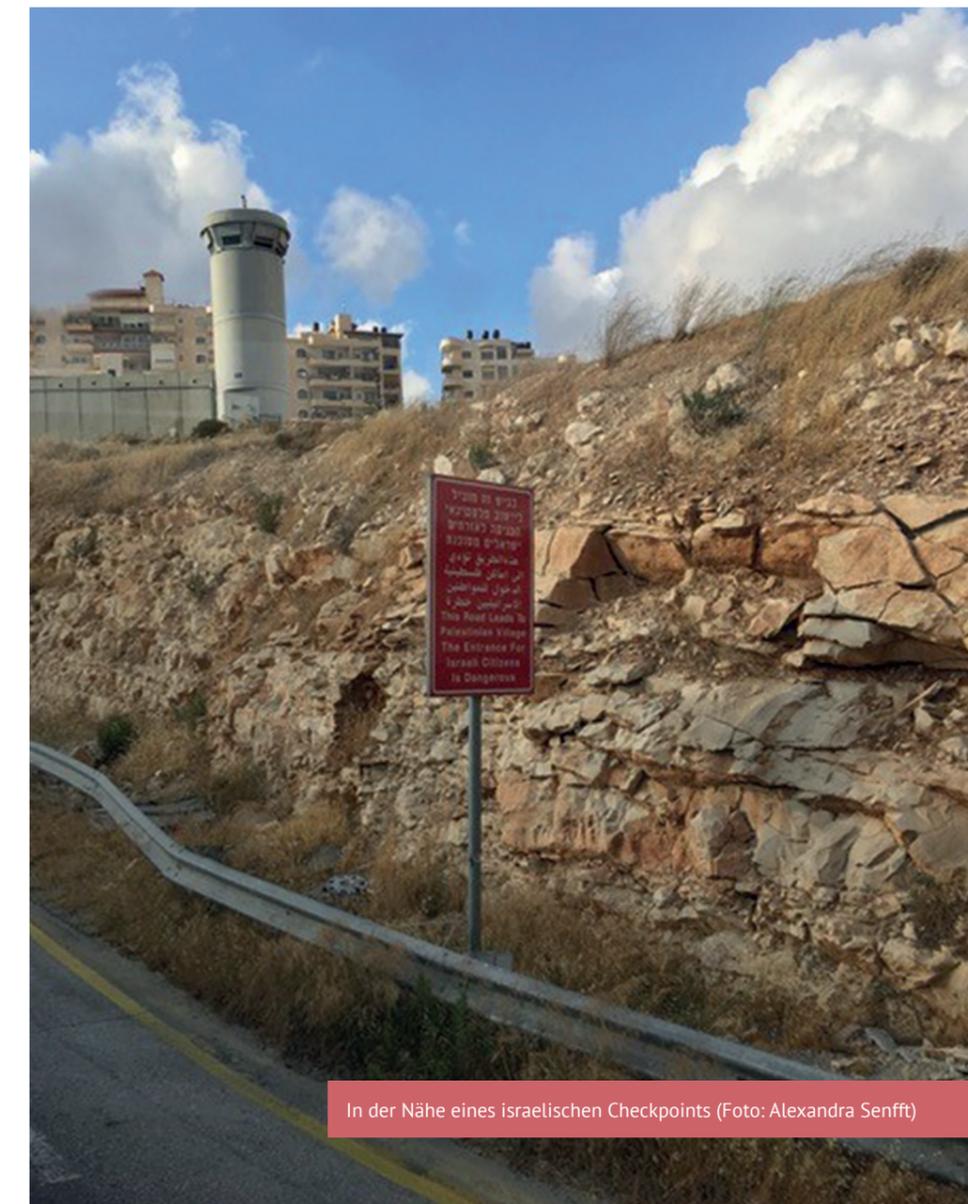
Ein palästinensisches Taxi bringt mich zum israelischen Checkpoint *Zaytoun*. Auf dem Weg wird die Sperranlage sichtbar, die die israelische Regierung bauen ließ, um die Palästinenser hinter einer Mauer von Beton, Stacheldraht, elektronischem Zaun und sonstigen Hindernissen regelrecht verschwinden zu lassen: angeblich aus Sicherheitsgründen, wegen der Selbstmordanschläge. Tatsächlich stellt die Mauer ein komplexes Kontrollsystem und eine nach eigenem Bemessen errichtete, illegale Grenze dar, die tief in palästinensisches Gebiet hineinschneidet. Das abscheuliche Ungetüm, das 759 Kilometer lang werden soll, ähnelt der Außenmauer einer Strafanstalt – mit psychischen Folgen für die Gefangenen sowie auch ihre Bewacher. Die fast unmenschliche Trennung beider Bevölkerungen hat deren früher alltägliche Begegnungen unmöglich gemacht und der Dämonisierung des Anderen Vorschub geleistet: Fremde machen umso mehr Angst, je unbekannter sie sind. Feindbilder greifen besonders gut, wo keine Berührungspunkte existieren.

Jetzt ist Ma'ale Adumim zu sehen, eine der größten Siedlungen, die in Wahrheit Städte sind und gezielt um Jerusalem herum gebaut wurden. In der Westbank und Ost-Jerusalem leben heute rund 600.000 jüdische Siedler verteilt auf 150 Siedlungen und 100 Außenposten. Gerade wird das Fundament für die erste gänzlich neue Siedlung seit 25 Jahren gelegt: Amichai, das künftig die Bewohner des illegalen Außenpostens Amona beherbergen soll. Siedlungen sind mittlerweile so „normal“, dass die Mehrheit der Israelis sie zu Israel

zählt; laut Umfragen wissen junge Leute meist nicht einmal mehr, wo die Grüne Linie verläuft. Der Autor Dan Ephron von der *Washington Post* ist deshalb der Meinung, der Friedensprozess sei gestorben. „Jeder neue Bewohner [der Siedlungen], ob motiviert durch Ideologie oder Ökonomie, wurde ein Interessensvertreter der Idee von Groß-Israel“, so sein Fazit. Normalisierung heißt auch, dass die Siedlung Ariel eine Universität mit Studienplätzen für 15.000 Studenten anbietet und Siedler Tourismus betreiben. Über die Unterkunftsplattform *airbnb* kann man sogar Zimmer in Siedlungen mieten. Bereits 2007 wiesen die Historikerin Idith Zertal und der Journalist Akiva Eldar in ihrem Buch „Die Herren des Landes“ darauf hin, dass die Nationalreligiösen der Siedlerbewegung

es zu Schlüsselpositionen in Militär, Politik, Gerichtsbarkeit und Medien Israels geschafft hatten – heute sitzen sie noch fester im Sattel.

Am Checkpoint gehe ich durch den Sicherheitstrakt in die palästinensisch verwaltete A-Zone. Israelischen Bürgern ist der Zugang ausdrücklich untersagt: „Es ist lebensgefährlich und gegen das israelische Gesetz“, warnen rote Schilder. Wie also finden Friedensbewegte noch zusammen, wenn israelische Zivilisten nicht hinein und Palästinenser nur mit speziellen Genehmigungen hinaus dürfen? Am Ausgang erwartet mich Ziad AbuZayyad. Der Rechtsanwalt und Journalist gehört zur Avantgarde palästinensischer Politiker. Er gibt das „Palestine-Israel Journal“, mit heraus, eine palästinensisch-israelische



In der Nähe eines israelischen Checkpoints (Foto: Alexandra Senfft)

Publikation, und gehört zu einer Minderheit von Palästinensern, die noch aus Überzeugung mit Israelis kooperiert. Die Mehrheit will keinen persönlichen Kontakt mehr: Das diene der Normalisierung der Besatzung. Politisch betrachtet ist das nachvollziehbar – warum sich in Gesprächen ergehen, wenn diese zwischen Besatzern und Besetzten stattfinden und als Make-Up für einen Konflikt dienen, der angeblich vorübergehend, in Wahrheit aber auf die Dauer angelegt ist? Den Status-Quo zu erhalten, sagen Experten, koste den israelischen Staat weitaus weniger als ihn zu verändern, allzumal sich an der Besatzung auch verdienen lasse. Das sagt unter anderen Nathan Thrall in „The Only Language They Understand“ (Mai 2017). „Es war, ist und bleibt für Israel irrational, die Kosten einer Vereinbarung auf sich zu nehmen, solange der Preis für die Alternative vergleichsweise soviel billiger ist“, schrieb er am 16. Mai 17 im *Guardian*. Der Autor plädiert dafür, beide Seiten durch politischen Druck, sogar Sanktionen, zum Einlenken und zu einem Friedensabkommen zu bewegen.

Im Zuge der Osloer Friedensverhandlungen gab es eine ganze Flut von Dialogprojekten. Viele scheiterten allerdings, weil sie die asymmetrische Beziehung zwischen Israelis und Palästinensern eher verfestigten, anstatt Vertrauen zu schaffen. Bewährt haben sich vorrangig Gruppen, die stets darauf achteten, den Perspektiven beider Seiten Raum zu geben. Die „Combatants for Peace“, z. B. sind ehemalige IDF-Soldaten² und palästinensische Kämpfer, die sich intensiv ausgetauscht und die Hand gereicht haben. Das „Parents Circle Families Forum“,

besteht aus trauernden Menschen beider Seiten, die durch den Konflikt Angehörige verloren haben. Die Mitglieder sind überzeugt, dass Gewalt nicht mit Hass und neuer Gewalt beantwortet werden kann, sondern allein mit Dialog.

Die Friedensgruppen konnten die öffentliche Meinung und die Politiker jedoch nicht davon überzeugen, Frieden zu schließen: Zu tief sitzen die gegenseitigen Feindbilder, angeheizt durch Politik, Medien, Erziehung und aktuelle Entwicklungen. Wider den Stillstand gründeten palästinensische Zivilorganisationen 2005 die Kampagne BDS, was für „Boycott, Desinvestitionen, Sanktionen“ steht. BDS zielt darauf, israelische Firmen und Institutionen zu boykottieren, die den Besatzungsapparat unterstützen. Firmen sollen nicht mehr in Unternehmen investieren, die der Besatzung dienen und die israelische Regierung so gezwungen werden, sich an internationales Recht zu halten. Auf ihrer internationalen Website spricht BDS sich gegen Rassismus, Diskriminierung, Antisemitismus und Muslimfeindschaft aus. Die internationale Kampagne ist allerdings mittlerweile ein Pool von Individuen, Gruppen oder Grüppchen, die recht unterschiedliche Positionen beziehen – die einen differenziert, kompromissbereit und friedfertig, die anderen krude und massiv polarisierend oder konfrontativ; und manchmal durchaus auch antisemitisch.

Eine Reihe von Intellektuellen in Israel und Palästina unterstützt BDS oder bekämpft die Kampagne jedenfalls nicht, weil sie der Ansicht ist, dass nur noch Sanktionen eine Lösung erzwingen und beide Bevölkerungen vor weiteren destruktiven

Entwicklungen retten können. Veränderung beginnt ihrer Meinung erst, wenn der Preis, den israelische Bürger für die Besatzung zahlen müssen, zu hoch geworden ist. Das vom BDS geforderte Recht auf Rückkehr der Palästinenser setzen seine israelischen Anhänger keineswegs mit der Auflösung Israels gleich; sie sind jedoch bereit, auf den jüdischen Charakter ihres Staates zu verzichten, um in einer Demokratie westlichen Vorbilds zu leben. Freilich gibt es auch andere BDS-Vertreter, gerade im Ausland, die sich wünschen, Israel verschwände von der Landkarte. BDS führt absurderweise auch dazu, dass manchmal Israelis boykottiert werden, die sich deutlich gegen die Besatzung positionieren, und es gibt Palästinenser, die ihre Landsleute unter Druck setzen, sich dem Boykott anzuschließen.

Gewollt oder ungewollt hat BDS somit zur Radikalisierung und Polarisierung beigetragen, ohne jedoch an der Gesamtsituation etwas verbessert zu haben. Spiegelbildlich dazu sind offizielle und inoffizielle israelische, jüdische und nicht-jüdische Interessensgruppen auf Gegenangriff gegangen. Sie diffamieren und boykottieren Friedensaktivisten und verunglimpfen diese wahllos als BDS-Sympathisanten, mit der Behauptung, sie wollten Israel zerstören. Hinter der Gegenkampagne stehen unter anderem NGO-Monitor oder UN Watch. „In den letzten Jahren hat die jüdische Rechte in Israel einen politischen Krieg entfacht, um die Arbeit von Zivilrechts- und Menschenrechtsorganisationen einzuschränken“, so Yossi Gurvitz und Noam Rotem am 29. April 2014 auf der Online-Plattform „+972“. Israelis, die sich seit Jahrzehnten für Frieden engagieren, stehen innenpolitisch mittlerweile stark unter Druck, sind marginalisiert, in ihrer Arbeit und teils im Privatleben behindert, ja sogar kriminalisiert. 2016 verschärfte die israelische Regierung das Gesetz, das NGOs mit überwiegender Förderung durch das Ausland unter Kontrolle stellt und regierungskritische Organisationen handlungsunfähig machen soll. Wer zudem offen mit dem Boykott sympathisiert, wird massiv eingeschüchtert. Die Einflussnahme macht aber mitnichten im Nahen Osten halt, sondern greift in internationale Beziehungen und die Politik anderer Länder ein. Im April 2017 verlangte Premier Netanyahu per Ultimatum von Außenminister Gabriel, Gespräche mit zwei namhaften israelischen NGOs abzusagen. Dasselbe hatte er von britischen und belgischen Regierungsvertretern gefordert. „Dass ich mich bei diesem wichtigen Thema auch mit Kritikern der israelischen Regierung treffe, ist weder ungehörig noch ungewöhnlich noch überraschend“, konterte Gabriel. Alon Lionel dankte es ihm in der ZEIT vom 5. Mai 2017: „Kritik an der Besatzung ist keine Kritik an Israel an sich. Ihre Liebe zu Israel steht ebenso wenig infrage wie meine eigene oder die meiner Freunde. Ihre Begegnung mit Organisationen wie *Breaking the Silence* und *B'Tselem* festigt vielmehr die demokratischen Strukturen und die internationale Reputation von Israel. Sie führt der Welt vor Augen, dass wir nicht Syrien, Ägypten oder die Türkei sind. In Israel haben wir noch Redefreiheit und können im Inland

wie im Ausland laut gegen die Regierungspolitik protestieren, was in unseren meisten Nachbarländern praktisch unmöglich geworden ist. In dem Augenblick, in dem wir israelische Bürger die Regierungspolitik nicht mehr kritisieren können, gibt es keinen Unterschied mehr zwischen uns und den Krisenstaaten in Nahost“, schrieb der ehemalige israelische Diplomat.

Auf der Terrasse seines großzügigen Hauses – Ziad AbuZayyad war Minister unter Arafat –, blicken wir auf die Westbank. „Da unten siehst du die Häuser von Familien, die durch den Sperrwall voneinander getrennt wurden – die Mauer verläuft direkt durchs Dorf“, so der 77-Jährige. Ost-Jerusalem, seine Geburtsstadt, in der er bis heute arbeitet, darf er nur mit einer speziellen Genehmigung betreten, und das nur zu bestimmten Zeiten und niemals über Nacht. Abu Zayyad war einer der Referenten, die Mitte Mai an einer Tagung in der Evangelischen Akademie Tutzing teilnehmen sollten: „Nahost-Politik im Spannungsdreieck. Israelisch-palästinensische Friedensgruppen als Lernorte für deutsche Politik?“, so der Titel. In der Akademie, bekannt als „Raum für den unvoreingenommenen Diskurs“, sollten die Akteure den geschützten Raum vorfinden, den es in ihren Gesellschaften heute kaum noch gibt. Es sollte hier nicht zuletzt auch um die Rolle Deutscher im Nahostkonflikt gehen.

Das hochkarätig besetzte Programm stand fest, die Flugtickets waren gekauft. Gruppen wie die „Combatants for Peace“, die gerade für den Friedensnobelpreis nominiert worden waren, wollten ihre Arbeit vorstellen. Überraschend kurz vor Tagungsbeginn sagte Akademiedirektor Udo Hahn per E-Mail ab: Er habe sich aufgrund „erheblicher Diskussionen“ entschieden, zu verschieben, denn es sei nicht gelungen „alle für das Thema maßgeblichen Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner in angemessener Zahl zu gewinnen“. Aufklärung ist bis heute nicht erfolgt, die Tagung auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben. AbuZayyad und die anderen Ausgeladenen waren empört: „Es ist anzunehmen, dass es sich hier um einen weiteren Versuch handelt, die kritischen Stimmen aus dem Nahen Osten auch in Deutschland zum Schweigen zu bringen“, schrieb der Historiker Moshe Zimmermann in einem offenen Schreiben im Namen aller Referenten. „Die Begründung für die Absage der Tagung lässt vermuten, dass sich unsere deutschen Gastgeber an die Haltung der offiziellen israelischen Politik angepasst haben, die die Befürworter des Friedens für illegitim hält ... Dass eine deutsche evangelische Akademie in einem Land, dessen Verfassung die Meinungsfreiheit fest verankert hat, daran teilnimmt, die Meinungsfreiheit von Friedensbewegten aus dem Nahen Osten zu verletzen, bestürzt uns. Die israelische Besatzungspolitik zu kritisieren und das palästinensische Recht auf nationale Selbstbestimmung zu befürworten, ist nicht mit Antisemitismus gleichzusetzen und somit durch die Meinungsfreiheit geschützt.“ Akademie-Chef Hahn will seine Entscheidung ohne äußeren Druck gefällt haben. Tatsächlich



Die israelische Sperrmauer (Foto: Alexandra Senfft)



Manche Gruppierungen sehen neue Hoffnungsträger (Foto: Alexandra Senfft)

hatten verschiedene Akteure die Tagung als BDS-nah beschimpft und sogar einigen der Planer unterstellt, BDS zu unterstützen. Ein Widerspruch in sich, denn wer den Boykott Israels für das richtige Mittel zur Beendigung der Besetzung hält, läßt nicht ausgerechnet die ein, die miteinander sprechen, diskutieren, streiten und immer wieder aufeinander zugehen. Die damit einhergehenden gesellschaftspolitischen sowie psychischen Spannungen zu ertragen, kostet diese Menschen Kraft und Mut. Nachhaltige

Dialoge kommen nur zustande, wenn sie auf Augenhöhe stattfinden, ohne Bevormundung und ergebnisoffen. Der israelische Psychologe Dan Bar-On wusste, dass, wer in Konflikten in einen Dialog mit der Gegenseite kommen will, zunächst Selbstgespräche führen, kritisch in sich gehen, über die eigene Geschichte und Motive reflektieren sollte. Erst dies ermöglicht die Bereitschaft, sich dem Anderen zu öffnen und ihm zuzuhören, selbst wenn er Dinge sagt, die einem widerstreben. Zuhören ist

schwerer als Sprechen, doch sehr lehrreich, denn selbst im ärgsten Feind lassen sich Identifikationspunkte finden. Wer sich durch Erzählen dem Anderen preisgibt, lernt Neues über sich selbst und wird wahrgenommen. Gegenseitige Wahrnehmung ist der Schlüssel zum echten Dialog. Dabei gilt es zu akzeptieren, dass der „Anderer“ ein Recht auf sein eigenes Narrativ hat: „Wahrer Friede bedeutet anzuerkennen, dass der Andere uns nicht nur ähnlich ist, sondern auch ganz anders“, so Bar-On.

Dass gerade diese Dialoge, die einen langen und schmerzlichen Prozess der Annäherung darstellen, in Tutzing und anderen Orten Deutschlands plötzlich unerwünscht sind, ja teilweise regelrecht bekämpft werden, läßt auch auf diese Gesellschaft zurückschließen. Haben AfD und Pegida die Diskurskultur schon beschädigt und uns weiter nach rechts gerückt als uns bewusst ist? Der von vielen Deutschen undifferenzierte, ja fast wütend geführte Diskurs über BDS oder den von arte abgelehnten Film „Auserwählt und ausgegrenzt – der Hass auf Juden in Europa“ wirkt mitunter hysterisch. Verbergen sich dahinter unreflektierte Emotionen, die symbiotisch mit dem Rechtsruck in Deutschland sind, weil sie zum Populismus und zur Spaltung beitragen?

Der Nahostkonflikt dient als Projektionsfläche für nicht aufgearbeitete, biographisch dunkle Flecken, er ruft Emotionen hervor und die unterschiedlichsten Akteure auf den Plan, die mitunter seltsame Allianzen eingehen: Antisemiten, Israel-Feinde, religiöse und politische Fundamentalisten, Alt-Nazis, Rechte und Linke. Wenn es um Israel und Juden oder Palästinenser und Muslime geht, sind Rassisten rasch zur Stelle. Philosemiten und Muslimfeinde mischen ebenso mit wie Menschen mit schlichten, dichotomen Weltbildern, rechts oder links. Ängste, Scham- und Schuldgefühle, die aus der NS-Zeit herrühren, verleiten die einen dazu, menschenfeindliche Haltungen

einzunehmen und die anderen, in einer Form von Übersprunghandlung zu idealisieren und dabei unbewusst selbst an Menschenrechtsverletzungen mitzuwirken. Kritik an der Besetzung aber pauschal als antisemitisch zu disqualifizieren, bedeutet, die negativen Auswirkungen der israelischen Politik der vergangenen 50 Jahre auszublenden. Aus der Psychologie weiß man, dass eine unrealistische Überhöhung Schuldgefühle und Ängste abwehren soll. Das gilt selbstverständlich auch andersherum, wenn Palästinenser idealisiert und Israelis verteufelt werden. Die parallel zur Idealisierung entstehenden Feindbilder führen direkt oder indirekt zu neuer Gewalt – im Nahen Osten wie hierzulande. Wer sich also entweder nur für Israelis oder nur für Palästinenser engagiert, anstatt die Friedensbewegten von ihnen gleichermaßen zu unterstützen und ihnen auch freundschaftlich kritisch zu begegnen, trägt zur Dynamik des Konflikts bei. Wer zudem den Antisemitismus-Vorwurf inflationär gebraucht, übersieht am Ende die wahren Antisemiten, die im Schatten erregter Debatten immer wei-

ter an Boden gewinnen. Und wer den Friedensaktivisten am Ort in den Rücken fällt, trägt dazu bei, die Demokratie zu beschädigen.

Ziad AbuZayyad ist es müde, sich um die Befindlichkeiten und Motive deutscher und anderer Akteure, die im Konflikt mitmischen, Gedanken zu machen. Sein Leben lang hat er darum gekämpft, die Besetzung zu beenden, damit wenigstens seine Enkelkinder in Freiheit leben können. Doch die sind heute weiter davon entfernt, als er es je war. Beim Essen sagt seine Tochter Jumana, fast ein wenig resigniert: „Die meisten jungen Palästinenser halten die Besetzung mittlerweile für einen normalen Lebenszustand, weil sie es nicht anders gewöhnt sind.“ Ihr Vater ist weiterhin fest davon überzeugt, dass Dialog der einzig richtige Weg ist: „Wir brauchen Dialoge in allen Aspekten des Lebens, ohne Dialog wissen wir ja gar nicht, was der Andere fordert oder braucht. Jeder Konflikt sollte am Tisch enden, und Dialoge sind dafür die notwendige Vorbereitung. Wir brauchen konstruktive Dialoge, damit wir unsere Meinungsverschiedenheiten überwinden und Kompromisse finden.“

AbuZayyad bringt mich an den Checkpoint zurück, auf der anderen Seite wartet ein Taxi. In Anbetracht der Fakten wirkt die Zwei-Staatenlösung heute unrealistisch; für einen einzigen Staat für beide Bevölkerungen, die gleichberechtigt miteinander leben, gibt es ebenfalls keinerlei politischen Willen. Wie

man es aber wendet: Die Menschen sind da, sie werden bleiben und haben beide ein Recht darauf, in Frieden, Freiheit und Sicherheit zu leben. Es ist eine Binsenwahrheit, dass einen schlechten Status Quo zu erhalten, die Dinge langfristig immer schlimmer macht. Jede Veränderung kostet einen Preis, doch es ist besser, sie aktiv einzuleiten anstatt passiv zu bleiben und am Ende von den Umständen gezwungen zu werden. Osnat Ita Skoblinski schrieb am 26. Juni 2017 auf „+972“, sie hätte schon als Kind gelernt, Palästinenser zu hassen – bis sie einen kennenlernte. Die Journalistin, die bei der Menschenrechtsorganisation B'Tselem arbeitet, wird oft gefragt, ob sie noch Hoffnung habe: „Heute antworte ich, dass es hier nicht um Hoffnung geht. Das ist ein Luxus, der keine Voraussetzung für unsere Arbeit sein kann. Wir müssen Ungerechtigkeit mit oder ohne Hoffnung weiter bekämpfen, weil wir sonst an ihr mitwirken. Wir müssen weiter mit Menschen im Gespräch bleiben, die nicht unserer Meinung sind oder uns sogar als den inneren Feind betrachten. Ich habe aus eigener Erfahrung gelernt, dass allein Diskurs und Verständnis – und natürlich Kenntnisse – die Welt verändern können.“

¹ Das Uzi ist ein kompaktes Maschinen-gewehr, das in Israel entwickelt und hergestellt wird. (Anm. der Redaktion)

² Abkürzung für „Israeli Defense Force“, die israelische Armee (Anm. der Redaktion)

Educational Bookshop Jerusalem

<http://www.educationalbookshop.com>

Palestine-Israel Journal of Politics, Economics and Culture

<http://www.pij.org>

Combatants for Peace

<http://cfpeace.org>

Palestinian Israeli Bereaved Families for Peace

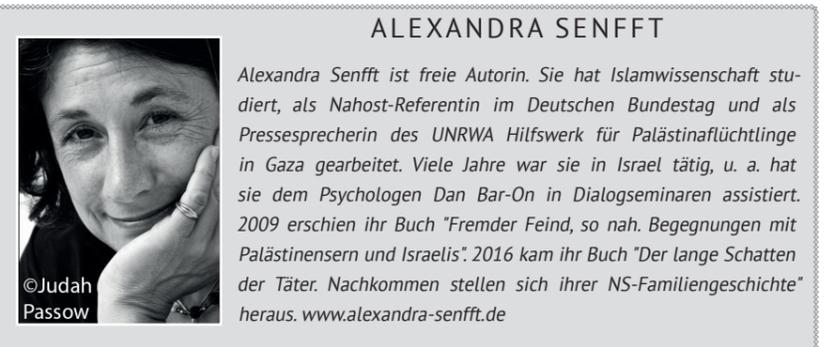
<http://www.theparentscircle.com>

Breaking the Silence Israeli Soldiers talk about the occupied territories

<http://www.breakingthesilence.org.il>

B'Tselem - The Israeli Information Center for Human Rights in the Occupied Territories

<http://www.btselem.org>



ALEXANDRA SENFFT

Alexandra Senfft ist freie Autorin. Sie hat Islamwissenschaft studiert, als Nahost-Referentin im Deutschen Bundestag und als Pressesprecherin des UNRWA Hilfswerk für Palästinaflüchtlinge in Gaza gearbeitet. Viele Jahre war sie in Israel tätig, u. a. hat sie dem Psychologen Dan Bar-On in Dialogseminaren assistiert. 2009 erschien ihr Buch „Fremder Feind, so nah. Begegnungen mit Palästinensern und Israelis“. 2016 kam ihr Buch „Der lange Schatten der Täter. Nachkommen stellen sich ihrer NS-Familiengeschichte“ heraus. www.alexandra-senfft.de

©Judah Passow